Niederschrift über die 15. Sitzung des Hauptausschusses am Montag, 28.09.2026, 18:30 Uhr im Ratssaal des Rathauses der Stadt Ratzeburg, Unter den Linden 1, 23909 Ratzeburg

Anwesend :

Mitglieder

Herr Reimar von Wachholtz	Vorsitzender
Frau Helma Burazerovic	
Herr Jürgen Hentschel	
Herr Michael Jäger	
Herr Björn Knabe	
Herr Uwe Martens	
Herr Lutz Meusen	
Herr Nicolas Reuß	
Herr Prof. Dr. Ralf Röger	
Herr Heinz Suhr	
Frau Marion Wisbar	

stellvertretende Mitglieder

Herr Andreas von Gropper	nicht stimmberechtigt
Herr Matthias Radeck-Götz	nicht stimmberechtigt
Frau Ulrike Walther	nicht stimmberechtigt

Von der Verwaltung

Herr Bürgermeister Eckhard Graf
Frau Maren Colell
Herr Axel Koop
Frau Yvonne Missullis
Herr Said Ramez Payenda
Personalrat
Herr Gutzeit

Öffentlicher Teil

Top 1 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr von Wachholtz, eröffnet um 18:30 Uhr die 15. Sitzung des Hauptausschusses im Ratssaal des Rathauses der Stadt Ratzeburg, stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Anwesenheit der Mitglieder sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßt alle Anwesenden. Es sind 11 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.
Zum Protokollführer wird Herr Payenda bestellt.

Top 2 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten

Die Verwaltung schlägt vor, den bisherigen TOP 12 „Personalangelegenheiten; hier: Nachbesetzung der Stelle der Fachbereichsleitung Zentrale Steuerung und Finanzen“ im Anschluss an TOP 6 als neuen TOP 7 zu behandeln. Zudem wird vorgeschlagen, Herrn Dr. Moldzio als Sachverständigen zu diesem Tagesordnungspunkt hinzuzuziehen.

Die Beratung soll in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen.

Der Vorsitzende lässt zunächst über den Antrag zur Änderung der Tagesordnung und zur Hinzuziehung von Herrn Moldzio als Sachverständigen abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.
Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes abstimmen.
Abstimmungsergebnis:
11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; somit wird die Tagesordnung wie folgt festgesetzt:

Öffentlicher Teil

Punkt 1	Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit	
Punkt 2	Anträge zur Tagesordnung mit Beschlussfassung über die Nichtöffentlichkeit von Tagesordnungspunkten	
Punkt 3	Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 08.06.2026	
Punkt 4	Bericht über die Durchführung der Beschlüsse	SR/BerVoSr/829/2026
Punkt 5	Bericht der Verwaltung	
Punkt 6	Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern	

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 7	Personalangelegenheiten; hier: Nachbesetzung der Stelle der Fachbereichsleitung Zentrale Steuerung und Finanzen	SR/BeVoSr/289/2026

Öffentlicher Teil

Punkt 8	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse	
Punkt 9	Genehmigung einer Dienstreise des Bürgermeisters zur Teilnahme am ICCAR - Internationale Cities Forum in Palermo vom 30. September bis 3. Oktober 2026	SR/BeVoSr/280/2026
Punkt 10	Neufassung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)	SR/BeVoSr/267/2026/1
Punkt 11	Anträge	
Punkt 11.1	Antrag der FRW-Fraktion; hier: Aufhebung des Sperrvermerks und Ausschreibung der Stelle Nr. 113 (Ingenieur/in im Fachdienst Tiefbau)	SR/AN/131/2026
Punkt 11.2	Antrag der CDU-Fraktion; hier: Bericht der Verwaltung zum Krankenstand und zu weiteren personalbezogenen Fragen in der Stadtverwaltung	SR/AN/133/2026
Punkt 11.3	Antrag der SPD-Fraktion; hier: Beschlussfassung zu TOP 7 der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 14.09.2026 - Neubau einer Kindertagesstätte an der Seedorfer Straße - Entwurf	SR/AN/134/2026
Punkt 12	Anfragen und Mitteilungen	

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 13 Bericht der Verwaltung

Öffentlicher Teil

Punkt 14 Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Top 3 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Beschluss über Einwendungen zur Niederschrift vom 08.06.2026

Einwendungen werden nicht erhoben. Änderungen und/oder Ergänzungen werden nicht gewünscht. Somit gilt die Niederschrift vom 08.06.2026 in der vorgelegten Fassung als genehmigt.

Top 4 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: SR/BerVoSr/829/2026

Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Top 5 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Bericht der Verwaltung

Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten

Herr Koop berichtet, dass sich die Verwaltung hinsichtlich der Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeiten im Austausch mit der Versorgungsausgleichskasse bzw. der Bezügekasse befindet. Hintergrund sind die Verpflichtungen aus der Mitteilungsverordnung, wonach die ausgezahlten Beträge elektronisch an das Finanzamt zu übermitteln sind.

Hierzu wird zeitnah ein Personalbogen an sämtliche Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie an die bürgerlichen Ausschussmitglieder versandt. Je nachdem, ob es sich um eine abhängige oder unabhängige ehrenamtliche Tätigkeit handelt, werden unter anderem die Steueridentifikationsnummer und die Sozialversicherungsnummer benötigt. Der Versand soll im Oktober erfolgen.
Herr Dr. Röger erkundigt sich nach dem Sachstand hinsichtlich der in der vergangenen Sitzung angesprochenen fehlenden Grundstücksermäßigung bei der Erhebung von Gebühren für ein Grundstück, das von mehreren Seiten erschlossen wird. Er erinnert daran, dass hierzu eine rechtliche Prüfung zugesagt wurde, und fragt nach, ob bereits geprüft wurde, inwieweit die bestehende Regelung ergänzt werden kann, um eine übermäßige Gebührenbelastung zu vermeiden.

Die Verwaltung nimmt die Anregung auf und geht davon aus, dass die Angelegenheit im zuständigen Fachbereich bearbeitet wird. Ein Prüfungsergebnis liegt derzeit nicht vor.

Seebadeanstalt
Herr Dr. Röger erkundigt sich nach den finanziellen Auswirkungen der rechtlichen Einstufung der Seebadeanstalt als Freibad. Insbesondere bittet er um eine überschlägige Darstellung der jährlich entstehenden Mehrkosten, die sich unter anderem aus den erhöhten Anforderungen an die Badeaufsicht ergeben.

Herr Graf verweist auf die bereits vorbereitete Vorlage für die Sitzung der Stadtvertretung am 05.10.2026, in der die finanziellen Auswirkungen dargestellt werden.

Auf Nachfrage erläutert Herr Graf, dass von einem Kostenunterschied in Höhe von rund 200.000 Euro zwischen dem Betrieb einer Badestelle und dem Betrieb eines Naturbades ausgegangen wird.

Darüber hinaus berichtet Herr Graf, dass eine ergänzende Information vorliegt, wonach das Land Schleswig-Holstein im Zusammenhang mit einer Entscheidung zur Seebadeanstalt gegebenenfalls prüft, ob bereits gewährte Fördermittel für einzelne Maßnahmen zurückzufordern sind. Dies könnte insbesondere dann relevant werden, wenn geförderte Anlagen zurückgebaut oder deren vorgesehene Nutzung verändert werden.

Herr Dr. Röger fragt abschließend nach, ob die Problematik bereits zu einem früheren Zeitpunkt im Rahmen der Planung hätte erkannt werden können und ob hierzu ein kritisches Gespräch mit dem beteiligten Architekten stattgefunden hat.
Herr Graf teilt mit, dass hierzu im Rahmen der Sitzung der Stadtvertretung am 05.10.2026 bei der Behandlung des entsprechenden Tagesordnungspunktes Stellung genommen wird.

Weitere Fragen zum Bericht der Verwaltung liegen nicht vor.

Top 6 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Fragen, Anregungen und Vorschläge von Einwohnerinnen und Einwohnern

Herr Christopher Görg, wohnhaft in der Brauerstraße, nimmt Bezug auf die Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport vom 10.09.2026 und die dortige Berichterstattung zur Kindertagesstätte „Hand in Hand“. Vor dem Hintergrund der vorgesehenen Umwandlung von Regelgruppen in mittlere Kindergartengruppen im Rahmen der Bedarfsplanung fragt er, weshalb die Stadt weiterhin an der Planung eines Kita-Neubaus in der Seedorfer Straße festhalte. Aus seiner Sicht lasse die Anpassung der Gruppengrößen darauf schließen, dass kein Bedarf an zusätzlichen Betreuungsplätzen bestehe.

Herr Bürgermeister Graf erläutert, dass auch für den Standort Seedorfer Straße eine kirchliche Trägerschaft vorgesehen sei. Er verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion, der im weiteren Verlauf der heutigen Sitzung beraten werde. Mit dem geplanten Neubau würden keine zusätzlichen Betreuungsplätze geschaffen. Vielmehr solle das bestehende Betreuungsangebot durch eine aufeinander abgestimmte Verlagerung von Kita-Standorten innerhalb des Stadtgebiets erhalten werden. Herr Gutzeit ergänzt, dass eine Anpassung der Bedarfsplanung erforderlich sei. Hierzu stehe die Stadt in kontinuierlichem Austausch mit dem Kreis Herzogtum Lauenburg als örtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe.
In einer weiteren Frage nimmt Herr Görg Bezug auf die im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss behandelte Einführung einer digitalen Straßendatenbank beziehungsweise eines Pavement-Management-Systems (PMS) und die hierfür vorgesehenen Mittel in Höhe von 70.000 Euro. Er erkundigt sich, ob dieser Betrag tatsächlich in voller Höhe für das Vorhaben ausgegeben werde und was konkret beschafft werden solle.

Herr Martens erläutert, dass die tatsächlichen Kosten erst im Zuge der Ausschreibung feststünden und auch geringer ausfallen könnten. Zum Zweck des Systems führt er aus, dass die Erfassung und Auswertung von Straßenzustandsdaten eine Grundlage für die systematische Planung und Priorisierung künftiger Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen sowie für die Ermittlung des hierfür erforderlichen Finanzbedarfs bilden.

Der Vorsitzende schließt um 18:48 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nichtöffentlichen Teil.

Nicht Öffentlicher Teil
(entfällt in der öffentlichen Sitzungsniederschrift)

Öffentlicher Teil

Top 8 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Um 19:20 Uhr stellt der Vorsitzende die Öffentlichkeit wieder her und gibt folgenden Beschluss bekannt:

Beschluss:
Der Hauptausschuss beschließt auf Vorschlag des Bürgermeisters, die Stelle der Fachbereichsleitung Zentrale Steuerung und Finanzen (FBL 1) mit
Herrn Felix Lindemann zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu besetzen.

Top 9 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Genehmigung einer Dienstreise des Bürgermeisters zur Teilnahme am ICCAR - Internationale Cities Forum in Palermo vom 30. September bis 3. Oktober 2026
Vorlage: SR/BeVoSr/280/2026

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.
Beschluss:
Der **Hauptausschuss** genehmigt die Dienstreise des Bürgermeisters der Stadt Ratzeburg nach Palermo (Italien) zur Teilnahme am ICCAR - International Cities Forum 2026 im Zeitraum vom 30. September bis 3. Oktober 2026.

Nach derzeitigem Stand werden die mit der Teilnahme verbundenen Reise-, Übernachtungs- und Veranstaltungskosten durch die Veranstalter bzw. im Rahmen der UNESCO-/ICCAR-Veranstaltungsorganisation übernommen, sodass der Stadt Ratzeburg voraussichtlich keine entsprechenden Aufwendungen entstehen.

11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Top 10 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Neufassung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung)
Vorlage: SR/BeVoSr/267/2026/1

Herr Dr. Röger stellt eine Verständnisfrage zu den vorgesehenen Gebührenrahmen. Er verweist auf die Tarifnummer 6, bei der die bisherige Gebühr von 100 Euro auf bis zu 200 Euro angehoben werden soll. Zudem erkundigt er sich nach der Tarifnummer 16, für die künftig ein Gebührenrahmen von 40 bis 500 Euro vorgesehen ist. Er fragt, ob der bisherige Gebührenrahmen bei 25 bis 250 Euro lag.

Herr Koop erläutert, dass die bisherige Verwaltungsgebührensatzung zahlreiche einzelne Gebührentatbestände enthält, die teilweise unübersichtlich gestaltet sind. Mit der Neufassung werden die Tatbestände zusammengefasst und die Gebührenstruktur vereinheitlicht. Ziel ist es, eine übersichtlichere und praktikablere Anwendung sowohl für die Verwaltung als auch für die Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Die neuen Gebührenrahmen werden anhand der entsprechenden Gebührenregelungen des Landes Schleswig-Holstein sowie unter Berücksichtigung der Gemeinkosten und des Verwaltungsaufwands ermittelt. Herr Koop erläutert, dass bei der Berechnung für den angesprochenen Gebührentatbestand ein Betrag von rund 197 Euro ermittelt und auf 200 Euro aufgerundet wurde.

Er weist zudem darauf hin, dass bei besonders umfangreichen Verwaltungsvorgängen gegebenenfalls die Gebührenregelungen nach dem Informationszugangsgesetz Schleswig-Holstein (IZG-SH) Anwendung finden können, die höhere Gebührenrahmen vorsehen.

Im weiteren Verlauf wird eine Verständnisfrage zur Beglaubigung von Abschriften und Zeugnissen gestellt. Es wird nachgefragt, ob die vorgesehene Gebühr von 10 Euro jeweils pro Zeugnis bzw. Abschrift erhoben wird. Herr Koop bestätigt dies.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag zur Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung abstimmen.

Beschluss:
Der **Hauptausschuss** empfiehlt,
die **Stadtvertretung** beschließt,
die Neufassung der Satzung der Stadt Ratzeburg über die Erhebung von Verwaltungsgebühren (Verwaltungsgebührensatzung) einschließlich der als Anlage beigefügten Gebührentabelle.

8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen.

Top 11 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Anträge

Top 11.1 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Antrag der FRW-Fraktion; hier: Aufhebung des Sperrvermerks und Ausschreibung der Stelle Nr. 113 (Ingenieur/in im Fachdienst Tiefbau)
Vorlage: SR/AN/131/2026

Herr Hentschel erläutert den Inhalt und die Hintergründe des Antrags der FRW-Fraktion. Er führt aus, dass für das Jahr 2027 verschiedene größere Baumaßnahmen vorgesehen sind, die durch den Fachdienst Tiefbau fachlich begleitet werden müssen. Um die Umsetzung dieser Maßnahmen nicht durch personelle Engpässe zu gefährden, hält die FRW-Fraktion die Aufhebung des Sperrvermerks für die Stelle Nr. 113 (Ingenieur/in im Fachdienst Tiefbau, EG 11) für erforderlich. Die Stelle soll zeitnah ausgeschrieben werden, damit eine Besetzung möglichst Anfang 2027 erfolgen kann.

Herr Hentschel weist zudem darauf hin, dass die Aufhebung des Sperrvermerks bereits im Finanzausschuss beraten wurde. Er hält die Beratungsfolge über den Finanzausschuss und den Hauptausschuss bis zur abschließenden Entscheidung durch die Stadtvertretung für sachgerecht, da mit der Stellenbesetzung auch finanzielle Auswirkungen verbunden sind.

Herr Dr. Röger äußert sich kritisch zur Aufhebung des Sperrvermerks. Er begründet seine Haltung damit, dass zahlreiche Aufgaben im Baubereich bereits an externe Dienstleister vergeben werden und somit nicht durch die Verwaltung selbst wahrgenommen werden müssen.

Frau Buracerovic unterstützt den Antrag und betont, dass der Fachbereich 6 dringend personelle Unterstützung benötigt.

Herr Hentschel entgegnet, dass nicht sämtliche Aufgaben im Baubereich extern vergeben werden können. Insbesondere kleinere Baumaßnahmen sowie die fachliche Begleitung und Koordinierung von Straßenbaumaßnahmen müssen weiterhin durch den Fachdienst Tiefbau wahrgenommen werden. Er verweist auf die bestehende Arbeitsbelastung und hält eine

zusätzliche personelle Unterstützung daher für notwendig.

Herr Bruns äußert ebenfalls Bedenken hinsichtlich des Antrags. Er fragt nach den ursprünglichen Gründen für die Anbringung des Sperrvermerks und weist darauf hin, dass diese aus der bisherigen Begründung nicht eindeutig hervorgehen.

Herr Hentschel erläutert, dass die FRW-Fraktion zunächst abwarten wollte, welche Baumaßnahmen für das Jahr 2027 tatsächlich vorgesehen sind und welche Projekte umgesetzt werden sollen. Zum damaligen Zeitpunkt bestanden unter anderem Unsicherheiten hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Schwimmhalle sowie verschiedener Straßenbau- und weiterer Baumaßnahmen. Aus diesem Grund wurde der Sperrvermerk zunächst vorgesehen. Mittlerweile besteht eine klarere Vorstellung über die anstehenden Maßnahmen, weshalb die FRW-Fraktion die Aufhebung des Sperrvermerks beantragt.

Herr Bruns merkt an, dass er unter den aufgeführten Vorhaben nur wenige Maßnahmen erkennen kann, die unmittelbar dem Tiefbaubereich zuzuordnen sind. Er sieht daher die Notwendigkeit einer zusätzlichen Stelle weiterhin kritisch. Zudem weist er darauf hin, dass die endgültige Entscheidung über die Aufhebung des Sperrvermerks durch die Stadtvertretung zu treffen ist.

Herr von Gropper spricht sich für den Antrag aus. Er betont, dass der Tiefbau bei nahezu allen größeren Baumaßnahmen eine wichtige Rolle spielt und die erforderliche fachliche Begleitung nicht unterschätzt werden darf. Er unterstützt daher die Aufhebung des Sperrvermerks.

Herr Uwe Martens weist auf den bestehenden Personalmangel sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau hin. Darüber hinaus stehen in den kommenden Jahren weitere Projekte an, insbesondere im Zusammenhang mit den zu erwartenden Mitteln aus dem Sondervermögen. Diese Maßnahmen müssen geplant, koordiniert und umgesetzt werden. Er hält die zusätzliche personelle Unterstützung daher für erforderlich und befürwortet die Aufhebung des Sperrvermerks.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag der FRW-Fraktion zur Aufhebung des Sperrvermerks für die Stelle Nr. 113 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
8 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.

Top 11.2 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Antrag der CDU-Fraktion; hier: Bericht der Verwaltung zum Krankenstand und zu weiteren personalbezogenen Fragen in der Stadtverwaltung
Vorlage: SR/AN/133/2026

Herr Dr. Röger nimmt Bezug auf den vorliegenden Personalbericht der Verwaltung und verweist auf einen durchschnittlichen Krankenstand von 6,9 % in Schleswig-Holstein. Er stellt fest, dass die im Bericht ausgewiesenen Krankheitszahlen der Stadt Ratzeburg teilweise deutlich über diesem Landesdurchschnitt liegen. Er erkundigt sich nach möglichen Ursachen für die hohen Krankenstände in den einzelnen Fachbereichen und fragt, ob es hierfür Erklärungsansätze gibt. Dabei weist er darauf hin, dass Langzeiterkrankungen die Statistik beeinflussen können, dies jedoch auch bei anderen Kommunen der Fall sei.

Herr Koop weist zunächst auf Korrekturbedarf bei den vorgelegten Zahlen hin. Im Fachbereich 0 und 1 beträgt die durchschnittliche Anzahl der Krankheitstage je Beschäftigtem 14,59

statt der angegebenen 22,17 Tage. Auch die durchschnittlichen Krankheitsstunden je Beschäftigtem sind zu korrigieren. Der richtige Wert beträgt 92,41 statt 149,08 Stunden.
Darüber hinaus erläutert Herr Koop, dass die Verwaltung bereits ein betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM) durchführt, insbesondere wenn Beschäftigte über einen längeren Zeitraum erkrankt sind und die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Die Verwaltung arbeitet derzeit daran, ein Verfahren zu entwickeln, um künftig frühzeitiger mit betroffenen Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Ziel ist es, mögliche betriebliche Ursachen oder Hindernisse zu erkennen und gegebenenfalls geeignete Maßnahmen einzuleiten. Dabei soll auch die fachliche Unterstützung durch das betriebliche Eingliederungsmanagement einbezogen werden.

Herr Dr. Röger regt an, künftig einmal jährlich einen entsprechenden Personalbericht vorzulegen, möglichst im ersten Quartal des Folgejahres. Dadurch soll eine kontinuierliche Betrachtung und Bewertung der Entwicklung des Krankenstandes ermöglicht werden.
Herr Koop erläutert, dass die Gemeindeordnung bereits eine jährliche Personalberichterstattung vorsieht. Allerdings bestehen keine konkreten Vorgaben hinsichtlich des Umfangs und der Darstellung. Die Verwaltung prüft daher, in welcher Form eine regelmäßige Berichterstattung mit den vorhandenen personellen Ressourcen umgesetzt werden kann.
Herr Reuß weist auf einen redaktionellen Fehler im vorliegenden Personalbericht hin. Bei der Angabe des Berichtszeitraums ist fälschlicherweise der 31.12.2026 genannt. Der tatsächliche Berichtszeitraum umfasst den 01.09.2025 bis zum 31.08.2026.
Herr von Gropper bedankt sich bei der CDU-Fraktion für den Antrag und bei der Verwaltung für die Zusammenstellung der Zahlen. Er betont, dass die Ergebnisse Anlass geben, sich intensiver mit der Personalsituation zu beschäftigen. Bei insgesamt rund 20.000 krankheitsbedingten Fehlstunden und 172 Beschäftigten entspricht der Ausfall rechnerisch etwa zehn Vollzeitstellen, die der Verwaltung über das Jahr hinweg fehlen.
Er weist darauf hin, dass diese Größenordnung erhebliche Auswirkungen auf die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung haben kann. Es gehe dabei nicht darum, einzelne Beschäftigte oder Verantwortliche für die Situation verantwortlich zu machen, sondern darum, die Zahlen zunächst zur Kenntnis zu nehmen, mögliche Ursachen zu betrachten und geeignete Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.
Herr von Gropper begrüßt daher eine regelmäßige Berichterstattung, betont jedoch, dass die bloße Erhebung und Darstellung der Zahlen allein keine Verbesserung bewirkt. Vielmehr müsse sich die Verwaltung gemeinsam mit den politischen Gremien mit den Ergebnissen auseinandersetzen und prüfen, wie mit der Situation künftig umgegangen werden kann.
Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.
Der Hauptausschuss nimmt den Personalbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Top 11.3 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Antrag der SPD-Fraktion; hier: Beschlussfassung zu TOP 7 der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 14.09.2026 - Neubau einer Kindertagesstätte an der Seedorfer Straße - Entwurf
Vorlage: SR/AN/134/2026

Herr Uwe Martens erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Er nimmt Bezug auf die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses vom 14.09.2026, in der der vorgelegte Entwurf für den Neubau einer Kindertagesstätte an der Seedorfer Straße abgelehnt wurde. Er kritisiert, dass die Ablehnung ohne vorherige inhaltliche Aussprache und ohne eine Handlungsempfehlung für die Verwaltung erfolgt sei. Die SPD-Fraktion beantragt daher, den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zeitnah erneut einzuberufen, um die Gründe für die Ablehnung zu erörtern und das weitere Vorgehen festzulegen. Herr Martens weist darauf hin, dass weitere Verzögerungen zu steigenden Baukosten sowie zu Schwierigkeiten bei der vorgesehenen Nachnutzung der bisherigen Kindertagesstätte im Hasselholt führen könnten.

Herr von Gropper weist die Kritik an der FRW-Fraktion zurück. Er betont, dass die FRW-

Fraktion ihre ablehnende Haltung zu dem Vorhaben stets begründet und ihre Bedenken hinsichtlich der Planung deutlich gemacht habe.

Herr Dr. Röger äußert ebenfalls Bedenken gegenüber dem geplanten Neubau. Er verweist insbesondere auf die begrenzten Platzverhältnisse am vorgesehenen Standort sowie die hohen Kosten des Vorhabens. Darüber hinaus stellt er die Frage, ob angesichts der demografischen Entwicklung weiterhin ein entsprechender Bedarf an Kindertagesstättenplätzen besteht. Hierzu verweist er auf rückläufige Kinderzahlen in den Städten Geesthacht und Bad Bramstedt sowie auf vergleichbare Entwicklungen im Kreis Herzogtum Lauenburg und im Amt Lauenburgische Seen. Vor diesem Hintergrund hält er eine erneute Überprüfung des tatsächlichen Bedarfs für erforderlich.

Herr Martens entgegnet, dass die angesprochenen Fragen bereits ausführlich im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss behandelt und diskutiert worden seien.

Bürgermeister Graf erläutert den aktuellen Planungsstand. Die Planungsleistungen für den Neubau der Kindertagesstätte sind bislang bis einschließlich Leistungsphase 3 beauftragt. Hinsichtlich des Bedarfs stellt er klar, dass es bei dem Vorhaben nicht um die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze geht, sondern um die Unterbringung bereits bestehender Betreuungsangebote.

Herr Graf schlägt vor, zunächst die nächste Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses abzuwarten. Dort sollen die Ergebnisse der bisherigen Planungen vorgestellt und das weitere Vorgehen beraten werden.

Herr Dr. Röger bittet darum, für die weitere Beratung aktuelle Kinderzahlen sowie eine entsprechende Bedarfsermittlung vorzulegen, um die Notwendigkeit des Vorhabens auf einer verlässlichen Datengrundlage beurteilen zu können.

Im weiteren Verlauf verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, zunächst die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 10.11.2026 abzuwarten.

Herr Martens zieht daraufhin den Antrag der SPD-Fraktion zurück.
Eine Beschlussfassung erfolgt nicht.

Top 12 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Anfragen und Mitteilungen

Herr Hentschel nimmt Bezug auf einen in den sozialen Medien veröffentlichten Beitrag der SPD-Fraktion, in dem über Gespräche mit dem FRW-Fraktionsvorsitzenden berichtet wird. Er zitiert aus dem Beitrag, in dem Herr Hentschel als „Kronzeuge“ bezeichnet wird. Er weist darauf hin, dass dieser Begriff nach seinem Verständnis im Zusammenhang mit Straftaten verwendet wird, und kritisiert die Verwendung dieser Bezeichnung.

Herr Hentschel stellt daraufhin zwei Fragen an die SPD-Fraktion. Zum einen möchte er wissen, welche Straftat ihm mit der Verwendung des Begriffs „Kronzeuge“ unterstellt werden soll. Zum anderen fragt er, welches Ziel die SPD-Fraktion damit verfolgt, ihn in seiner Funktion als FRW-Fraktionsvorsitzenden öffentlich auf diese Weise zu bezeichnen.

Herr Martens erläutert, dass er den Begriff „Kronzeuge“ nicht ausschließlich im strafrechtlichen Zusammenhang versteht, sondern auch im übertragenen Sinne für Personen, die bestimmte Sachverhalte bestätigen können. Sollte die Wortwahl missverständlich oder unzutreffend gewesen sein, entschuldigt er sich dafür.

Er führt weiter aus, dass es ihm bei dem Beitrag insbesondere um die Berichterstattung über

eine vorangegangene Ausschusssitzung geht. Nach seiner Auffassung entsteht durch die Darstellung der Eindruck, dass die dort vertretene Position die Meinung des gesamten Ausschusses widerspiegelt. Tatsächlich handele es sich jedoch um die Auffassung einer einzelnen Fraktion. Er kritisiert, dass im Vorfeld der Berichterstattung nicht auch die Positionen der übrigen Fraktionen eingeholt wurden.

Herr Hentschel weist die Darstellung zurück und äußert sein Unverständnis über die Wortwahl und die damit verbundene öffentliche Darstellung seiner Person.
Herr Bruns nimmt Bezug auf die Beschlussfassung im Ausschuss und weist darauf hin, dass die Mehrheit der Ausschussmitglieder eine Entscheidung getroffen habe. Aus seiner Sicht sei daher zwischen der Haltung einzelner Fraktionen und der durch Mehrheitsbeschluss zustande gekommenen Entscheidung des Ausschusses zu unterscheiden.

Herr Martens entgegnet, dass ein Mehrheitsbeschluss nicht zwangsläufig bedeute, dass sämtliche Ausschussmitglieder dieselbe Auffassung vertreten. Er betont, dass bei der öffentlichen Darstellung eines Sachverhalts die unterschiedlichen Positionen der Fraktionen berücksichtigt werden sollten.

Herr von Gropper unterstützt die Ausführungen von Herrn Hentschel und kritisiert ebenfalls die Verwendung des Begriffs „Kronzeuge“ sowie die damit verbundene Darstellung in den sozialen Medien.

Im weiteren Verlauf wird nochmals die Frage erörtert, inwieweit eine durch Mehrheitsbeschluss getroffene Entscheidung als Auffassung des gesamten Ausschusses bezeichnet werden kann. Dabei werden unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich der Abgrenzung zwischen einer Mehrheitsentscheidung und den Positionen einzelner Fraktionen deutlich.

Nicht Öffentlicher Teil
(entfällt in der öffentlichen Sitzungsniederschrift)

Öffentlicher Teil

Top 14 - 15. Sitzung des Hauptausschusses v. 28.09.2026
Schließung der Sitzung durch den Vorsitzenden

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:14 Uhr.

Ende: 20:14 Uhr

gez. Reimar von Wachholtz — gez. Ramez Payenda

Vorsitzender — Protokollführung